aktuell

Info: 7/09 Datum: 23.10.2009

# Polizei und GdP nicht auf dem rechten Auge blind

Am 22.10.2009 berichteten Medien über einen Artikel in der aktuellen Mitgliederzeitung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), „Polizeispiegel“. Darin heißt es wörtlich: „Letztlich schadet der NPD aber ihr Image, was der Partei von allen Seiten angedichtet wird“. Im Artikel wird Verständnis für rechtspopulistische Forderungen im Wahlkampfprogramm der NPD geäußert.
Eine Thüringer Tageszeitung titelte am 22.10.2009 mit Blick auf den o.g. Artikel „Doch rechts eine Sehschwäche“. Im Artikel heißt es dann, das Innenministerium beteuere seit Jahren die Polizei sei auf dem rechten Auge nicht blind und nun dieser Artikel in der Zeitung der DPolG. Es wurde damit zumindest indirekt Zweifel erhoben, ob die Polizei nicht doch heimlich mit Neonazis und Rechtsextremisten sympathisiere.
Die Hauptnachrichtensendung des MDR „MDR aktuell“ am 22.10.2009 19.30 Uhr hat die Meldung aufgegriffen und zu dieser Meldung das Logo der GdP eingeblendet. Dies wurde nach unserer Beschwerde in den nachfolgenden Nachrichtensendungen geändert.
Der Landesvorstand der GdP sieht sich nun veranlasst, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Nach Verlautbarungen des DPolG-Landesvorstandes handelt es sich um eine Einzelmeinung. Die Zahl der Polizeibeschäftigten, die von dieser Gewerkschaft vertreten werden, liegt in Thüringen nach unserer Schätzung unter 300. Insofern kann eine solche Meinung nicht repräsentativ für die Thüringer Polizei sein.
Die GdP hat auf Bundes- und Landesebene aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Neonazis und Rechtsextremisten nie einen Hehl gemacht und bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das geht soweit, dass eine Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der GdP ist. Die GdP unterstützt die Anstrengungen des Dienstherrn bei der demokratischen Bildung der Polizeibeschäftigten durch eigene Bildungsangebote. In der Gewerkschaftsarbeit spielt die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Argumenten eine große Rolle. Wir haben keine Erkenntnisse über rechtsextreme Tendenzen oder Sympathien innerhalb der Polizei und da die GdP rund 3000 aktive Polizeibeschäftigte organisiert, kann unsere Einschätzung als repräsentativ gelten.
Die GdP unterstützt ausdrücklich die Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtages vom 29.09.2009 „für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen“ und fordert auch die anderen Gewerkschaften im Polizeibereich auf, diese Erklärung mit Leben zu erfüllen.

Der Landesvorstand

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 153, 99084 Erfurt, Tel.: 0361/598950, Fax: 0361/5989511